

	DS: 4	3/2012
	Beschlu	ssvorlage
X	öffentlich	nicht öffentlich

Д	mt/SG: Hauptamt	Datum:	Version: 1
	Beratungsfolge		Sitzungstermin
1	Hauptausschuss		04.06.2012
2	Stadtverordnetenversammlung		14.06.2012
3	-		
4			

Thema:

5. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Prenzlau

Finanzielle Auswirkungen			
Haushaltsjahr:		Produktkonto:	
Gesamtkosten:	€	Eigenanteil:	€
Folgekosten:	€	Mittel stehen zur Verfügung in Höhe von:	€
Deckungsvorschlag:		· ·	

Beschlussentwurf:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die 5. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Prenzlau gemäß Anlage.

Anlage:

5. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Prenzlau

	Beratungsergebnis								
	Datum	Gremium	Ein-	Mit	 Nein	Enth.	Laut	Abweichende(r)	Unterschrift
			stimmig	Mehrheit			Beschluss- Entwurf	Empfehlung/Beschluss	d. Protokollf.
1	04.06.2012	HAU					Linwaii		
2	14.06.2012	SVV							
3									
4									



DS: 43/2012

Seite 2

Begründung:

Die Änderungen der Hauptsatzung beziehen sich ausschließlich auf die Regelungen des § 3 (5) Hauptsatzung, in dem die Standorte der "amtlichen" Bekanntmachungskästen der Stadt Prenzlau festgeschrieben sind. Sie haben aber auch Auswirkung bei verkürzter Ladung der Stadtverordnetenversammung nach § 8 (3) Hauptsatzung.

Durch die Schließung der Schule, den Abriss der Turnhalle und des Gemeindezentrums in Dedelow, ist der Standort des bisherigen amtlichen Bekanntmachungskasten, westseitig am Gebäude (ehemals Dienstleistungszentrum) Woldegker Str. 26, 17291 Prenzlau, Ortsteil Dedelow, nicht mehr frequentiert und sollte geändert werden.

Um auch weiterhin amtliche Bekanntmachungen an einem gut zugänglichen Standort ermöglichen zu können, wird vorgeschlagen, den Bekanntmachungskasten im Bäckerweg aufzustellen.

Die offizielle Bezeichnung des neuen Standortes lautet dann: Bäckerweg am Schlossfundament, 17291 Prenzlau, Ortsteil Dedelow.

Im Zusammenhang mit der Auswertung von Hinweisen der Kommunalaufsicht zur Musterhauptsatzung des Städte- und Gemeindebundes ist festzustellen, dass das Ministerium des Innern mit Bezug auf zwei Urteile des Verwaltungsgerichts Potsdam aus dem Jahre 2002 empfiehlt, mindestens in jedem Ortsteil einen Bekanntmachungskasten vorzusehen. Dieser Empfehlung soll nunmehr gefolgt werden. Die technischen Voraussetzungen sind vorhanden.

Fran	k Müller
Haup	tamtsleiter
Abgestimmt mit:	
Ge	rald Buth
	Justiziar